

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Adolf H. Müller, Dresden
Hauptstadt-Dresdener-Verlagsgesellschaft
Hauptstadt-Dresdener-Verlagsgesellschaft
Hauptstadt-Dresdener-Verlagsgesellschaft

Verlagsgesellschaft bei Nacht...
Verlagsgesellschaft bei Nacht...
Verlagsgesellschaft bei Nacht...

Druck u. Verlag: Dietrich & Koldobsky
Dresden, Spalding-Str. 1068
Köln, Spalding-Str. 1068

Die Opposition gegen das Wapen-Programm

Erklärung des Zentrums und der NSDAP.

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. Sept. In der Besprechung, die am Donnerstag zwischen dem Reichskanzler v. Papen und dem Reichstagspräsidenten Brüning stattfand, und die über eine Stunde dauerte, wurden die technischen Formalien der bevorstehenden Reichstagsauflösung besprochen. Wie verlautet, ist diese Besprechung in sehr reservierter Weise vor sich gegangen, da die letzte Rede Adolf Hitters in München auch in den Kreisen der Reichsregierung außerordentlich verstimmend gewirkt hat.

Während man bisher mit steigender Gewissheit von der Reichstagsauflösung sprach, scheint sich in letzter Stunde bei den Dingen hauptbeteiligten Parteien doch noch so etwas wie Torsehspannung bemächtigt zu haben. In politischen Kreisen neigte man nämlich am Donnerstagabend der Auffassung zu, daß es doch nicht zu einer so schnellen Auflösung kommen würde, da die Parteien entschlossen seien, zunächst nichts unversucht zu lassen, um dem neuen Reichstag eine längere Lebensdauer zu ermöglichen.

In diesem Zweck hat sich seitens des Zentrums und der Nationalsozialisten eine zielbewusste Gegenaktion beim Reichspräsidenten eingestellt.

Bekanntlich hat vor längerer Zeit der Reichspräsident dem Reichskanzler vor Abschaffung der Reichsverordnung seinen Einweis mit auf den Weg gegeben, bei Ausarbeitung des neuen Wirtschaftsprogramms auf die Arbeitnehmerschaft weitgehend Rücksicht zu nehmen. Die Arbeitnehmerschaft, insbesondere soweit sie durch die Gewerkschaften vertreten ist, ist aber mit der Reichsverordnung durchaus nicht einverstanden. Insbesondere befürchtet sie, daß die von der Regierung geplante Reorganisation der Sozialversicherungen zu weit gehen könnte und auch die Auflockerung der Tarife hat seitens der Arbeitnehmerschaften eine unverhohlene Gegenreaktion gefunden. Man will jetzt dem Reichspräsidenten nahelegen, nachzuprüfen, ob sein Wunsch hinsichtlich der Wahrung der Rechte der Arbeitnehmerschaft vom Reichskanzler erfüllt worden sei. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch das Kommuniqué zu bewerten, das nach einer mehrstündigen Aussprache von

Wirtschaftsvertretern des Zentrums und der Nationalsozialisten.

die der Reichstagspräsident Brüning leitete, am Donnerstagabend ausgegeben wurde und das folgenden Wortlaut hat:

In einer gemeinschaftlichen Besprechung, die zwischen Abgeordneten der NSDAP und der Zentrumspartei am Donnerstagmorgen stattfand, beschäftigte man sich mit wirtschaftlichen Fragen. Im Vordergrund stand das dringende Problem der Arbeitslosigkeit. Ferner die Konjunkturlage, das Wirtschaftsprogramm der Regierung von Papen und die Sorge für den Winter. Die Sachverständigen beider Parteien äußerten ihre ernsten Bedenken, daß die Subventionierung der gesamten Betriebe durch Steuernachlassnahme, das gesteckte Ziel, Arbeiter an ihre Stellen zurückzubringen, nicht erreichen, vielleicht in einer schweren Enttäuschung münden werde. Der sozialpolitische Teil der Reichsverordnung, der den ganzen Bestand sozialer Rechte und Einrichtungen in das Ermessen einer Regierung stellt, die nur eine kleine Minderheit in der Volksgemeinschaft und sicher keinen Rückhalt in Arbeitnehmerkreisen besitzt, fand übereinstimmend Ablehnung.

Darüber hinaus klärten die Besprechungen hinsichtlich wirtschaftlicher Arbeitsbeschaffung und des Konjunkturaufschlusses Möglichkeiten, für deren Durchführung auch eine Arbeitsfähige, vom Vertrauen des Volkes getragene Mehrheit vorhanden ist.

In dieser Verlautbarung fällt der gemäßigtere Ton auf, der sich aller autoritativen Ueberreibungen enthält. Bewußt mit diesem Hinweis wird nun am Freitagvormittag das Reichstagspräsidium beim Reichspräsidenten erscheinen. Voraussichtlich wird der Reichstagspräsident Brüning im Verlaufe des Besuchs dem Reichspräsidenten offizielle Mitteilung von der gemeinsamen Untersuchung machen und dem Reichspräsidenten davon zu überlegen versuchen, daß für die Bildung einer neuen Regierung eine tragfähige Mehrheit im Reichstag vorhanden sei. Kommt es dazu, so ist noch in der gleichen Besprechung mit einer deutlichen Gegenwirkung in Form einer Erklärung des deutschen nationalen Vizepräsidenten Graef zu rechnen, der den Reichspräsidenten bitten dürfte, am Präsidialcharakter der Reichsregierung festzuhalten und auf die parlamentarischen Bemühungen nicht mehr einzugehen.

Vermeidbarer Wahlkampf

Bevor die eigentlichen Entscheidungen gefallen sind, hat die innerpolitische Lage bereits eine ziemliche Klärung erfahren. Der Reichstag, der sich nach der Wahl des Reichstagspräsidiums zunächst einmal sofort wieder vertagte, ist nunmehr auf Montag, den 12. September von seinem Präsidenten einberufen worden. Der Grund der Vertagung ist in dem Versuch der parlamentarischen Gegenspieler des Kabinetts und des Reichspräsidenten, der Nationalsozialisten und des Zentrums, zu finden, die in eingehenden Verhandlungen die gemeinsame Grundlage für eine arbeitfähige Mehrheit aufzustellen sich bemühten. Man wollte den Reichstag erst wieder einberufen, nachdem die Mehrheit für eine arbeitfähige Reichsregierung auf parlamentarischer Grundlage gegeben war. Das Reichstagspräsidium sollte bei seinem Antrittsbesuch bei Hindenburg den Reichspräsidenten mit Entschiedenheit auf die Möglichkeiten einer arbeitfähigen Mehrheit im Reichstage hinweisen. Dieser Besuch, ursprünglich für Sonnabend in Aussicht genommen, wird nun bereits heute stattfinden. Man kann aber jetzt schon sagen, daß er nicht die erwarteten politischen Wirkungen, sondern seine größere Bedeutung, als die des üblichen Pflichtbesuches des neuen Reichstagspräsidiums haben wird. Mein formal kann das Reichstagspräsidium schwerlich für den Reichstag sprechen. Und das um so weniger, als der deutsche nationale Vizepräsident, Dr. Graef, bereits erklärt hat, daß er sich dem Standpunkte der anderen Mitglieder des Präsidiums nicht anschließen könne und seinen Standpunkt, der Reichstag besitze keine arbeitfähige Mehrheit, auch vor dem Reichspräsidenten geltend machen werde.

Für die Absichten der Mehrheit des Präsidiums, den Reichspräsidenten von dem Vorhandensein einer arbeitfähigen nationalen Mehrheit zu überzeugen, ergeben sich aber auch sachliche Schwierigkeiten. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Unterredungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum so gut wie keine Fortschritte machten. Man war in beiden Lagern bereits ziemlich misstrauisch und skeptisch an die Verhandlungen herangegangen. Wenn auch in der Politik aus Zweckmäßigkeitsgründen persönliche Empfindlichkeiten stets hinter die sachlichen Gesichtspunkte zurückzutreten haben und die Freude von gestern oft die Freude von morgen werden, so lag doch der letzte Wahlkampf, der gerade zwischen Zentrum und Nationalsozialisten mit größter Heftigkeit ausgetragen wurde, noch störend dazwischen. Die Deutschnationalen warteten auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen vor dem Zentrum, dessen gewandte und routinierte Parlamentarier es nur darauf abgesehen hätten, die nationale Bewegung zu teilen, um sie dann beherrschen zu können. Die Nationalsozialisten haben diese Bedenken mit dem Hinweis auf die Größe und Schlagkraft ihrer Bewegung verworfen. Ihre Auffassung ging dahin, daß man mit den „Aufpassern“ des Zentrums in einer Koalitionsregierung schon zurechtkommen werde. Aber auch im Zentrum mehrten sich die Stimmen, die sich gegen die Koalitionsangebot richteten. Für das Zentrum war ja als Grund der Annäherung an den Nationalsozialismus nicht nur ausschlaggebend, die nationale Bewegung nach „berühmter“ alter Taktik aufzulockern und durch das Einmischen der Nationalsozialisten in eine Koalition diese möglichst zu kompromittieren und damit bei kommenden Wahlen so zu schwächen, daß das Zentrum wieder seine alte Freiheit der Wahl zwischen links und rechts gewinnt, die Führer des Zentrums hatten noch andere Pläne. Sie wollten die „Demokratie“ retten, und das bedeutet für sie die Rückkehr zum Parlamentarismus, der das Zentrum in Folge seiner Schlüsselstellung zur mächtigsten und einflussreichsten Partei in Deutschland hat werden lassen. Der Gedanke des Präsidialkabinetts, die Auflösung der Regierungsgewalt vom Parlament, droht nun das Zentrum um seine starke Stellung zu bringen. Dazu kam die persönliche Politik Brüning, der lediglich aus Verärgerung über seine Entlassung und aus einem unbegrifflichen Ressentiment gegen seinen erfolgreicheren Rivalen und ehemaligen Parteifreund v. Papen, die Annäherung an den Nationalsozialismus betrieb. Brüning selbst übernahm die Verhandlungsführung auf Seiten des Zentrums. Aber er hat damit zugleich die Möglichkeiten eines vertrauensvollen Zusammengehens mit den Nationalsozialisten in seiner eigenen Partei zerstört. Im Zentrum selbst und in den Organen sämtlicher Parteien von links bis rechts wurden die eigenartigen Friesfedern Brüning sehr eingehend behandelt. Bemerkenswert war, daß sich sogar die Brüning nahestehenden Zentrumsgewerkschaften dagegen wandten, daß der

Das Zentrum wünscht Mitverantwortung

Der Zentrumsabgeordnete Joos, der bekanntlich dem Gewerkschaftsleiter der Zentrumspartei angehört, hat heute vor Vertretern der Zentrumspresse eine Erklärung abgegeben, der wir folgende Stellen entnehmen: Das Zentrum teile mit der Reichsregierung die Auffassung, daß gewisse Ansätze für eine beginnende Besserung der Weltwirtschaftslage vorhanden seien. In einem solchen Zeitpunkt sei es notwendig, daß von der Staatsführung Maßnahmen getroffen würden, die den wirtschaftlichen Antrieben förderlich und beschleunigend seien. Wegen die generelle Ermächtigung der Reichsregierung auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung äußerte Ad. Joos jedoch Bedenken. Die jetzt geplanten Maßnahmen seien in erheblichem Maße verbesserungsbedürftig.

Das Zentrum sei überzeugt, daß der Konjunkturtrieb nur dann anhalte und die staatlichen Eingriffe nur dann die beabsichtigte Wirkung haben könnten, wenn eine Verabstimmung und Festlegung der politischen und staatlichen Verhältnisse auf längere Sicht gewährleistet sei.

Ebenso sei das Zentrum davon überzeugt, daß in der augenblicklichen Regierungs-Konstellation diese politische Stabilität nicht gegeben sei und durch sie auch nicht erreicht werden könne. Wenn die Regierung keine Mehrheit im Reichstage finde und trotzdem im Amt bleibe, sei sie gezwungen, den Reichstag erneut aufzulösen.

Die heutigen politischen Verhältnisse böten folgende Perspektiven: Staatsstreich, Auflösung der Parlamente, Neuwahl, mehrfache Neuwahl.

Unter solchen Umständen werde auch beim nächsten Wirtschaftsprogramm die Unternehmungslust nicht gedeiht.

„Das Ziel unserer gegenwärtigen Bemühungen, so betonte Ad. Joos u. a., ist die Schaffung von Möglichkeiten, eine Regierung zu bilden, die sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützt, Vertrauen im Volke hat und die volle Innehaltung der Verfassung garantiert. Mit einer solchen Regierung kann der Gedanke eines Vertrauenskabinetts (sogen. Präsidialkabinetts) durchaus in Einklang gebracht werden. Es muß möglich sein, eine Mehrheit im Reichstage zu finden, die im Selbstverständnis einer Regierung auch ihres Vertrauens die Möglichkeit einer starken politischen Führung und zu entscheidenden Entschlüssen gibt. Nach unserer Ueberzeugung stehen solche Möglichkeiten, wie ich sie hier andeute, auch heute noch offen. Keine Parteiverleugungen könnten und sollen den leichteren Weg der Opposition weisen. Der Gedanke der Mitverantwortung an den Geschicken der

Nation zwingt uns indes auf den Weg, den wir beschritten haben und möglichst weit verfolgen.“

Auf Grund aller dieser neuen Tatsachen steht es so aus, als ob sich der Reichstag um eine hinausgerung der Entscheidung intensiver bemühen werde. Inwiefern die Reichsregierung sich auf diese Bemühungen, die Reichstagsauflösung zu vermeiden, einlassen wird, läßt sich noch nicht übersehen. In politischen Kreisen weist man darauf hin, daß sich für die Regierung, wenn sie sich auf diese Taktik, die den Parlamentarismus wieder weitgehend einschränken will, einlasse, sich für sie die Gefahr ergebe, daß sie in nicht allzu ferner Zeit schließlich dort anlange, wo Dr. Brüning scheiterte. An den amtlichen Stellen wird mit besonderem Nachdruck betont, daß man sich das Wirtschaftsprogramm, das ein einheitliches Ganzes bedeute, weder verwässern, noch durch Koalitionsverhandlungen auflösen lassen werde.

Entgegen anders lautenden Nachrichten ist noch festzustellen, daß der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, selbst Besprechungen mit Zentrumsvorstreitern nicht gehabt hat. Adolf Hitler hat sich auf eine eingehende Erörterung der innerpolitischen Lage mit dem Reichstagspräsidenten Brüning beschränkt.

Nationalsozialistische Protesttelegramme

München, 8. Sept. Der Leiter der Hauptabteilung V (Landwirtschaft) der Reichsorganisationsleitung der NSDAP, Walter Darré, hat an den Reichskanzler und an den Reichsernährungsminister Protesttelegramme gegen die neuen Wirtschaftsmassnahmen gerichtet. In dem Telegramm an den Kanzler wird erklärt, daß der deutsche Landstand aus vaterländischem Pflichtgefühl und der Aufforderung seines freiwillig erforderten Führers Adolf Hitler folgend die Ernennung der deutschen Bevölkerung in diesem Winter übergehe. Die neuen Wirtschaftsmassnahmen brächten nunmehr die sich in höchster Not befindende deutsche Landwirtschaft endgültig aus dem Schicksal und gefährdeten so in Zukunft die Ernährung des deutschen Volkes. In dem Telegramm wird dem Kanzler schlicht und unverantwortliche Handlungsweise vorgeworfen. — Das Telegramm an den Reichsernährungsminister enthält die Bitte, durch Zurücktreten von seinem Amt eine klare Lage zu schaffen. Das Wirtschaftsprogramm komme nur der Hilfe und der internationalen Hochfinanz zugute. Das schaffende deutsche Volk, und insbesondere das deutsche Bauerntum, müsse an diesem Wirtschaftsprogramm sterben. Das deutsche Bauerntum sei sich zu gut, um in der Front des internationalen Weltkapitals zu sterben. Es wolle jetzt eine grundsätzliche Lösung seiner Not durch einen völkischen Staat.

Heute: Der D.N.-Kraftfahrer
Seite 9 und 10